

Umwelt: Milliardenmarkt für Handel mit Emissionsrechten

Bald heiße Geschäfte mit dem Klima?

VDI nachrichten, 9. 4. 99 -
Das internationale
Klima-Business steht vor dem
Start. Ab 2000 können
Unternehmen durch
CO₂-sparende Investitionen in
Entwicklungsländern ihre
Verpflichtungen erfüllen.

Die Staatengemeinschaft hat sich im Dezember 1997 in Kyoto auf Reduktionsziele für Kohlendioxid (CO₂) und fünf weitere Treibhausgase geeinigt. Während Entwicklungsländern keine Begrenzung auferlegt wurde, müssen die sogenannten Annex-I-Staaten - 38 Industrieländer inklusive Rußland und die zentral- und osteuropäischen Staaten - ihre Treibhausgasemissionen im Zeitraum von 2008 bis 2012 im Mittel um 5,2 % gegenüber 1990 senken. Das europäische Reduktionsziel von insgesamt 8 % verteilt sich ungleichmäßig: Deutschland hat mit der Zusage, seine Emissionen an Treibhausgasen um 21 % zu senken, den größten Teil übernommen.

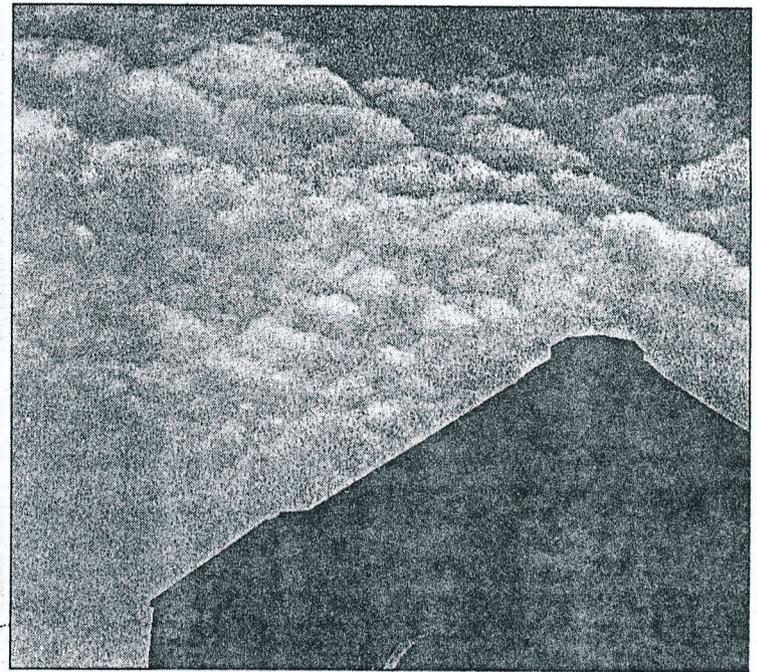
Das Kyoto-Protokoll sieht vor, daß die Industriestaaten ihre Reduktionspflichten durch Handel mit Emissionsrechten zumindest teilweise erfüllen können. Das aber geht nicht ohne die Industrie. Die Unternehmen haben die Möglichkeit, sich Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen im Ausland als Gutschriften anrechnen zu lassen: durch den „Clean Development Mechanism“ (CDM) in Afrika, Asien und in Lateinamerika und durch das sogenannte „Joint Implementation“ (JI) in anderen Annex-I-Staaten. Der Handel mit Emissionsrechten setzt wie auch der Erwerb von Gutschriften auf JI-Investitionen erst 2008 ein. Das Klimageschäft mit den Entwicklungsländern beginnt dagegen bereits im Januar 2000.

„Unternehmen werden Klimaschutzdienstleistungen via JI oder CDM anbieten und eingesparte Emissionen durch den Handel global vermarkten“, erklärte Josef Janssen von Institut für Wirtschaft und Ökologie der Universität St.Gallen kürzlich auf einem Symposium des Institutes. Wie lukrativ der Markt mit solchen Gutschriften sein wird, ist ungewiß. Wirtschaftsexperten gehen davon aus, daß die Reduktion von

CO₂-Emissionen um 1 t im Schnitt zwischen 5 und 25 Dollar kosten wird. Für einige Firmen wird es daher günstiger sein, Emissionsrechte oder Gutschriften zu kaufen, als selber Emissionen zu reduzieren. Die Weltbank schätzt, daß im Jahr 2010 Gutschriften und Emissionsrechte im Wert von bis zu 16 Mrd. Dollar weltweit gehandelt werden. Zehn Jahre später sollen auf dem Klimamarkt bereits Werte von 60 Mrd. Dollar gehandelt werden.

Erste Erfahrungen mit dem kommenden Klimamarkt werden derzeit mit rund hundert CDM- und JI-Pilotprojekten gesammelt. Dazu zählt auch das rumänisch-schweizerische Vorhaben, Fernwärmesysteme von zwei Wohnblöcken - einen in Buzau nördlich von Bukarest und einen in Pascani im Nordosten Rumäniens - zu sanieren. „Die Energieeffizienz der Systeme ist minimal, sie liegt in der Größenordnung von 40 %“, meint Alexander Lüchinger, Bereichsleiter Energie und Ausland des Züricher Beraterbüros Ernst Basler + Partner. Die Planungsphase ist beendet, bis Ende 2000 werden Rohrleitungen neu verlegt, Kessel installiert und Blockheizkraftwerke errichtet. In den folgenden 15 Jahren sollen etwa 140 000 t CO₂-Emissionen eingespart werden. Gutschriften für eingesparte Treibhausgasemissionen „fördern die Finanzierung klimaschützender Maßnahmen in osteuropäischen Ländern“, so Lüchinger.

Auch Rußland lockt westliche Investoren mit der Zusage auf Klima-Gutschriften,



Klimaschutz wird grenzenlos. Firmen, die in CO₂-sparende Maßnahmen im Ausland investieren, erhalten dafür handelbare Zertifikate. Foto: Zillmann

weiß Marina Martynova vom Nationalen Institut zur Begrenzung der Luftverschmutzung (NPAF) in Moskau - dieses unabhängige Institut koordiniert in Rußland Projekte der Weltbank. So sucht Rußland noch Geld, um die Papierfabrik Arkhangelsk PPM in Novodvinsk im Nordwesten Rußlands zu sanieren. Deren Modernisierung, die etwa 65 Mio. Dollar kosten soll und zum Teil von der Weltbank finanziert wird, kommt dem Klima zugute: Über die Zeitspanne von 15 Jahre werden etwa 7,5 Mio. t an CO₂ eingespart.

Noch sind allerdings wichtige Fragen offen. So ist unklar, wie der weltweite Handel mit Gutschriften und Emissionsrechten organisiert wird und wer eigentlich berechnet, wieviel Emissionen eingespart werden und wer das dann später kontrolliert. Und

nicht jede klimaschützende Investition ist ein CDM- oder JI-Projekt, gibt Axel Michaelowa, Klimaexperte von Hamburger Institut für Wirtschaftsforschung (HWWA), zu bedenken. „Es dürfen nur Projekte, die nicht ohnehin durchgeführt werden, als Emissionsreduktionsmaßnahme anerkannt und vermarktet werden.“ Doch wer prüft nach welchen Kriterien, ob eine Investition wirklich zusätzlich getätigt werden soll?

Auch deutsche Firmen haben die Chance, vom internationalen Klima-Business zu profitieren. Sie können nicht nur mit erworbenen Gutschriften auf zukünftigen internationalen Märkten handeln; sie können sich auch heute schon durch JI- und CDM-Projekte profilieren - freilich ohne auf die eingesparten Emissionen Gutschriften zu erhalten. „Gerade deutsche Kunden sind bereit, klimaneutrale Produkte zu kaufen“, betont Unternehmensberater Jürgen Hacker vom Berliner Beratungsbüro Umwelt Management Beratung.

Ein Unternehmen, das auf diesem Gebiet erste Schritte wagt, ist das Ostberliner Reisebüro Colibri Umweltreisen. Es wirbt mit „klimaneutralen“ Flugreisen: Das CO₂, das beim Verbrennen des Treibstoffs Kerosin entsteht, wird langfristig durch das Pflanzen von Bäumen kompensiert, so die Vorstellung der Reisemanager. Die Bäume pflanzt die Frankfurter Tropenwaldstiftung Oro Verde in Bolivien, die Kosten dafür tragen Stiftung und Reiseunternehmen gemeinsam. In der Regel werden klimaneutrale Produkte oder Dienstleistungen nur wenig teurer. Hacker: „In von uns untersuchten Beispielen würden sich die Produkte nur um 1 % bis 3 % verteuern.“ R. AHRENS

Gesetz gegen CO₂

Schweiz droht mit CO₂-Abgabe

Die Schweiz will im Sommer in einem CO₂-Gesetz die Verpflichtung festschreiben, bis zum Jahr 2010 die nationalen CO₂-Emissionen um 10 % zu senken. Um das Reduktionsziel zu erreichen, hofft die Regierung nicht nur auf Maßnahmen wie die geplante Schwerverkehrsabgabe für Lkw, sondern vor allem auch auf freiwillige Aktionen der Wirtschaft. Wird in den nächsten Jahren absehbar, daß das Ziel nicht erreicht werden kann, soll über eine CO₂-Abgabe ab 2004 entschieden werden.

Der Höchstabgabesatz liegt nach jetzigen Planungen für Treibstoffe bei 210 Schweizer Franken (Sfr) pro Tonne CO₂ und für Brennstoffe bei 30 Sfr pro t. Unternehmen können allerdings von der Abgabe befreit werden, wenn sie sich verpflichten, ihre Treibhausgasemissionen freiwillig zu begrenzen. Das geplante CO₂-Gesetz will auch den künftigen Handel mit Emissionsrechten unterstützen. Gutschriften aus emissionsparenden Investitionen im Ausland werden berücksichtigt. rah